

Nach Trumps Wahlsieg: Gesundheitsbranche in Sorge

Viele hatten es befürchtet, kaum einer hatte es für möglich gehalten: Donald Trump wird der 45. Präsident der USA. Die angekündigte Abschottung des US-Markts könnte auch die deutsche Gesundheitswirtschaft treffen.

Von Matthias Wallenfels, Christoph Winnat und Jana Kötter



Zäsur für die deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen? Donald Trump nach dem Wahlsieg. © Cordon Press / dpa

Spectaris, äußerte sich auf Nachfrager der „Ärzte Zeitung“ entsprechend: Die USA seien nach Europa der größte Handelspartner für die deutsche exportorientierte Medizintechnik. „Der Leitspruch ‚America First‘ lässt leider erwarten, dass verstärkte protektionistische Maßnahmen den Marktzugang in die USA für unsere mittelständischen Unternehmen erschweren“, befürchtet er.

In der Politik ist man noch zurückhaltend: Weder BÄK-Präsident Professor Frank Ulrich Montgomery, der auch Vize-Vorsitzender des Weltärztebundes ist, noch das Bundesgesundheitsministerium wollten sich auf Anfrage am Mittwoch äußern. Das Ministerium verwies auf die offizielle Stellungnahme von Kanzlerin Angela Merkel (CDU), die Trump an dessen künftige Verantwortung für die weltweite Entwicklung erinnerte. Für die Gesundheitspolitik in Deutschland seien, auch wenn man das Geschehen in den USA beobachte, aktuell keine direkten Auswirkungen zu befürchten.

Entwarnung gibt auch Dr. Thomas Becks vom Branchenverband VDE, der die Interessen der Elektromedizin vertritt. „Wir gehen davon aus, dass wir auf technisch-wissenschaftlicher Ebene weiterhin sehr gut mit den amerikanischen Kollegen zusammenarbeiten.“

Was meinen Sie zum Wahlsieg Trumps?

- **Sorgen** Sie sich vor möglichen Folgen für die politische und vor allem gesundheitspolitische Lage in Deutschland?
- **Mahnen** Sie zu Geduld, welche der angekündigten Pläne auch tatsächlich Realität werden?
- **Sagen Sie uns Ihre Meinung!** Wir freuen uns auf Leserzuschriften zum Thema.

Ihre Meinung senden Sie an

gp@springer.com

NEU-ISENBURG. Nach dem Wahlsieg von Donald Trump sind Wirtschaftsexperten, Politikbeobachter und Wissenschaftler in Sorge. „Trump wird der erste Anti-Wissenschafts-Präsident“, zitiert das internationale Wissenschaftsmagazin „Nature“ Michael Lubell von der American Physical Society in Washington DC. Die Konsequenzen sind ihm zufolge „sehr, sehr ernst“. So habe Trump im Wahlkampf zwar wenig über die Rahmenbedingungen für biomedizinische Forschung gesagt, vergangenes Jahr hätte er jedoch „schreckliche“ Nachrichten über die Gesundheitsbehörde US National Institutes of Health verbreitet. Einige Wissenschaftler, heißt es in „Nature“, überlegten bereits, aus den USA auszuwandern.

Auch in Deutschland wird die Entwicklung in den USA kritisch beobachtet. Der Verband forschender Pharmaunternehmen (vfa) erinnert auf Anfrage der „Ärzte Zeitung“ an die globale Perspektive: „Das Potenzial von Wirtschaft und Wissenschaft – etwa bei Arzneimittelinnovationen – kommt nicht nur den USA selbst zu Gute, sondern verbessert Therapien in vielen Ländern der Welt“, so Verbandssprecher Dr. Jochen Stemmler.

In den USA dürfte sich gesundheitspolitisch unter dem neuen Präsidenten einiges ändern: Trump ist deutlich gegen Abtreibungen. Er hat im März gesagt, Abtreibungen sollten illegal sein und Frauen oder die Ärzte „irgendwie“ bestraft werden. Außerdem will er die von Barack Obama eingeführte allgemeine Krankenversicherung „Obamacare“ sofort abschaffen, kündigte er an (wir berichteten). Insgesamt soll im Gesundheitswesen der freie Markt dominieren; zur Kostensenkung soll es Wettbewerb zwischen den Bundesstaaten geben.

Gleichzeitig hätte die von Trump angekündigte wirtschaftliche Abschottung auch für die deutsche Gesundheitsbranche gravierende Folgen. Für die chemisch-pharmazeutische Industrie sind die USA der mit Abstand wichtigste Exportmarkt: 11,4 Prozent aller Chemie-Ausfuhren gingen laut dem Verband der chemischen Industrie (VCI) im vergangenen Jahr in die Vereinigten Staaten; daraus resultierten 20 Milliarden Euro Umsatz. Der Verband hofft daher, dass Trump „trotz nationalistischer und protektionistischer Positionen“ als Präsident „an die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und den USA anknüpfen wird“, hieß es am Mittwoch in einer ersten Reaktion.

In der deutschen Medizintechnikbranche gibt man sich indes pessimistisch. Dr. Tobias Weiler, Geschäftsführer des Industrieverbandes